

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
05/2016*



Liebe FreundInnen!

der Rücktritt von Bundeskanzler Werner Faymann am 09. Mai kam auch für mich sehr überraschend. Ich denke, aber es war in der Konsequenz der richtige Schritt, um SPÖ und Bundesregierung die Möglichkeit für einen notwendigen Neuanfang zu geben. Mit Christian Kern ist es der SPÖ-Spitze gelungen, schnell einen qualifizierten und kompetenten Nachfolger zu finden. Ich wünsche unserem neuen Bundeskanzler und designierten Parteivorsitzenden jedenfalls viel Glück und Erfolg dabei, Österreich und die SPÖ mit neuen Ideen voranzubringen.

Auch die Sitzungen des Nationalrats am Mittwoch und Donnerstag standen ganz unter dem Eindruck der aktuellen Regierungsumbildung. Am Donnerstag stellten sich die neuen Kabinettsmitglieder vor– neben dem neuen Bundeskanzler Christian Kern, Sonja Hammerschmid als Bildungsministerin, Thomas Drozda für das Kulturressort, Jörg Leichtfried für das Infrastrukturministerium und Munar Duzdar als neue Staatssekretärin.

Es gab aber auch noch weitere wichtige Themen, die bearbeitet wurden, u.a. das Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (CETA), der Bundesfinanzrahmen und der Kampf gegen Lohndumping.

Außerdem: Nicht vergessen! Am Sonntag für ein demokratisches und weltoffenes Österreich wählen gehen!

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

PARLAMENTSMAIL

Top Themen

Regierungserklärung: Kanzler Christian Kern startet "Countdown um Köpfe und Herzen der Menschen"

Mit deutlicher Kritik am bisherigen politischen Stil und mit einer Ansage für Aufbruch und ein Ende des Stillstands startete der neue Bundeskanzler Christian Kern seine Kanzlerschaft. In seiner **Regierungserklärung im Nationalrat** am Donnerstag sprach er von dem Bedürfnis, "dass ein **Ruck durch das Land** geht": "**Wir wollen eine Politik des Zukunftsglaubens der Hoffnungslosigkeit gegenüberstellen.**"

Um das zu erreichen, brauche es eine deutliche akzentuierte Politik: "**Menschen brennen nicht für Kompromisse, sie brennen für Grundsätze und Haltungen.** Wir werden Kompromisse machen müssen, aber wir sollten nicht unser Denken damit beginnen. **Ab jetzt läuft der Countdown um die Herzen und Köpfe der Menschen.**"

In seiner Regierungserklärung sprach Kanzler Kern von einem "**New Deal**" für **Österreich**. Kerns Ziel: Die Wirtschaft zu stimulieren, damit Jobs entstehen, von denen die Menschen leben können.

Insgesamt geht es Kern darum, "eine positive Politik zu machen, und nicht Verzweiflung und Ängste zu bedienen." Dafür muss **Politik auch "raus zu den Menschen"** und die Menschen dafür gewinnen, sich zu engagieren: "Am Ende ist es die Vielzahl des Engagements von Einzelnen, die die Geschichte prägt."

Die Antrittsrede des Bundeskanzlers auf Youtube

Weitere Links

- [Bundeskanzler Christian Kern auf Facebook](#)
- [Die Regierungserklärung im Wortlaut auf der Facebook-Seite von Christian Kern](#)
- [Der SPÖ-Youtube Kanal](#)

"Die Sozialdemokratie ist noch immer die gesellschaftliche Bewegung, die Verunsicherung und Ängste in Hoffnungen und ein zukunftsorientiertes Leitbild umwandelt

und die die globale Megaidee umsetzen wird, dass es eine gleiche, faire und gerechte Gesellschaft auf dem ganzen Kontinent geben kann." – **Klubobmann Andreas Schieder** in seiner Rede zur Regierungserklärung.

Bundesfinanzrahmen: Wir investieren in Arbeitsmarkt, Bildung, Integration und Sicherheiten

Der **Bundesfinanzrahmen**, den der Nationalrat am Mittwoch beschlossen hat, ist das **zentrale Instrument**, um das Bundesbudget zu gestalten. Dabei werden die Auszahlungsobergrenzen für die einzelnen Ressorts festgelegt. Schwerpunkte im neuen Finanzrahmen sind **mehr Geld für den Arbeitsmarkt, Bildung und Integration** sowie ein finanzieller **Schwerpunkt bei der Sicherheit**. Für das Bundesheer gibt es eine "**Sicherheitsmilliarde**", auch das Innenministerium, das für die **Polizei** zuständig ist, bekommt mehr Geld.

Der Budgetkurs funktioniert: Das **Defizit** im Jahr **2015** ist **deutlich geringer** ausgefallen, als ursprünglich angenommen. Die Finanzierung der Steuerreform, die 6 Millionen Menschen entlastet, hält, und die Reform selbst kurbelt die Konjunktur an. Positiv auch die Entwicklung im **Pensionsbereich**: Die **Ausgaben liegen um fast 2,6 Mrd. Euro niedriger** als ursprünglich bis 2019 veranschlagt, d.h. dass Maßnahmen, um das faktische Pensionsalter zu heben, wirken.

Wir stoppen Lohndumping

Mit dem **Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz** bekommt Österreich **eines der schärfsten ArbeitnehmerInnen-Schutz-Gesetze in Europa**. Die Bekämpfung von Lohndumping wird nun auf grenzüberschreitende Entsendungen ausgeweitet. Entsendungen ausländischer Arbeitskräfte nach Österreich müssen gemeldet und die ausbezahlten Löhne behördlich kontrolliert werden. Im Baubereich **haftet nun auch der Auftraggeber** dafür, dass österreichische Mindestlöhne und vorgeschriebene Abgaben tatsächlich bezahlt werden.

Der Hintergrund: **Jede vierte ausländische Baufirma**, die MitarbeiterInnen nach Österreich schickt, **zahlt ihren ArbeiterInnen zu wenig Lohn** oder **versucht, sich Abgaben zu ersparen**. Branchen, in denen besonders häufig Lohndumping stattfindet, sind der Hochbau, Baustellenarbeiten und die Gastronomie.

Übrigens: Auch bei diesen Verbesserungen, die Unterentlohnung bekämpfen

und einen fairen Wettbewerb zwischen den Unternehmen ermöglichen, hat die **FPÖ im Parlament dagegen gestimmt.**

Alle Beschlüsse und Berichte

NR-Sitzung vom 18. Mai 2016

Bundesfinanzrahmen 2016 bis 2019 ([1120 d.B.](#)) – s. Top-Themen

Nachtsichtgeräte für Mazedonien ([1121 d.B.](#))

Mit einer Gesetzesänderung ermöglicht der Nationalrat die Überlassung von 15 Nachtsichtgeräten an Mazedonien.

Bessere Versicherung gegen Unwetterschäden ([1140 d.B.](#))

Der Versicherungsschutz gegen Unwetterschäden wird verbessert, die Hagel- und Frostversicherung wird um die Absicherung gegen Dürreschäden erweitert. Der Bund und auch die Länder stellen für den erweiterten Versicherungsschutz Geld aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung; Ziel ist eine höhere Durchversicherung in der Landwirtschaft. Zusätzlich gibt es 50 Millionen Euro für jene Bauern, deren Ernte durch den heurigen Frost zerstört wurde.

Handwerkerbonus wird verlängert ([1141 d.B.](#))

Der Handwerkerbonus, mit dem sich Privatpersonen Geld für Handwerkerarbeiten zurückholen können, wird verlängert. Gefördert werden Arbeitsleistungen von 200 Euro bis höchstens 3.000 Euro (ohne MwSt.) für Wohnraumrenovierungen, wobei man 20 Prozent des Rechnungsbetrages (maximal 600 Euro) zurück erhält. Die Arbeiten müssen ab 1. Juni 2016 bis 31.12.2017 begonnen worden sein. 20 Mio. Euro pro Jahr stehen für den Handwerkerbonus für 2016 und 2017 zur Verfügung.

Mehr Geld für internationale Flüchtlingshilfe ([1142 d.B.](#))

Die Internationale Entwicklungsorganisation IDA, die u.a. Flüchtlinge in den Herkunftsregionen betreut, erhält von Österreich zusätzlich rd. 160 Mio. Euro für zusätzliche Projekte zur Milderung des Migrationsdrucks.

Investitionsabkommen mit Kirgisien ([1143 d.B.](#))

Ein bilaterales Investitionsschutzabkommen mit der Republik Kirgisien soll österreichische Firmen bei Investitionen in diesem Land unterstützen und gegen Risiken absichern.

Gesetz zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping ([1133 d.B.](#)) – s. Top-Themen

Novelle des Weingesetzes ([1116 d.B.](#))

Mit einer Novelle zum Weingesetz wird der südburgenländische "Uhudler" vom Wein zum Obstwein und soll durch eine geschützte Ursprungsbezeichnung dauerhaft abgesichert werden. Trotz der Übertragung in den Obstweimbereich bleiben die Vorschriften für Wein – önologisches Verfahren, Kellerbuch, Kataster – aber aufrecht. Weitere Änderungen im Gesetz betreffen u.a. das Rebflächenverzeichnis und Berechnungen zum Hektarhöchstertag. In einem Entschließungsantrag fordert der Nationalrat außerdem die Regierung auf, den von den massiven Frostschäden an Wein, Obst und Gemüse betroffenen Bauern rasch und effizient zu helfen.

Österreichs Chancen auf den Agrarmärkten erhöhen ([1117 d.B.](#))

In einem Entschließungsantrag fordern die Abgeordneten von der Regierung zahlreiche Maßnahmen, um die Wertschöpfung von Agrarprodukten aus Österreich – speziell Milchprodukte und Schweinefleisch – zu steigern. Vor allem sollen neue Märkte für die Landwirtschaft erschlossen werden und die Qualitätsproduktion ausgebaut werden.

"Milchdialog": Kostendeckende Milchproduktion möglich machen ([1119 d.B.](#))

Der Nationalrat fordert angesichts der aktuell problematischen Situation der Milchbauern mit gesunkenen Milchpreisen und Überproduktion einen "Runden Tisch". Bei diesem "Milchdialog" mit Betroffenen wie VertreterInnen der Landwirtschaft, der Lebensmittelproduktion und der KonsumentInnen sowie der Politik sollen Maßnahmen erarbeitet werden, "die eine kostendeckende Milchproduktion in Zukunft gewährleisten sollen".

Keine Gentechnik auf Österreichs Feldern ([1127 d.B.](#))

Alle Parlamentsparteien unterstützen einen Antrag, wonach im Falle einer EU-Zulassung von gentechnisch veränderten Pflanzen der Anbau mit allen gesetzlichen Mitteln verhindert werden soll.

NR-Sitzung vom 19. Mai 2016

Besorgnis über Menschenrechts-Entwicklung in der Türkei

Die Besorgnis des Nationalrats über die Entwicklung in der Türkei in Bezug auf Menschenrechte und Grundfreiheiten bringt ein Entschließungsantrag zum Ausdruck, der einstimmig beschlossen wurde: Anlass ist die Aufhebung der Immunität von Abgeordneten insbesondere der pro-kurdischen Partei HDP im türkischen Parlament, die ein Versuch sei, "die Opposition zum Schweigen zu bringen". Im Antrag

fordert der Nationalrat von der Regierung, sich mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für eine umfassende Achtung aller Grund- und Menschenrechte, inklusive der politischen Rechte der Opposition, sowie für die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit in der Türkei einzusetzen. Weiters soll auf eine Deeskalation der Gewalt in den kurdischen Gebieten in der Türkei und auf eine rasche Rückkehr zum Friedensprozess hingewirkt werden.

Rechnungshof-Bericht: Pilotprojekt e-Medikation ([III-53/1019 d.B.](#))

Kritik am Pilotprojekt e-Medikation (Arzneimittel werden in einer Datenbank erfasst, um Wechselwirkungen und Überdosierungen zu vermeiden) übte der Rechnungshof in einem Teilbericht. Die Empfehlungen des RH wurden bereits umgesetzt.

Kritik an Wohnungsverkäufen durch Fonds des Innenministeriums ([III-179/1070 d.B.](#))

In einem Teilbericht bemängelt der Rechnungshof Wohnungsverkäufe durch den Integrationsfonds des Innenministeriums, wobei mittlerweile der Großteil der Empfehlungen umgesetzt wird. In einem weiteren Teilbericht geht es um die Beschaffung des Truppenfunksystems CONRAD.

Rechnungshof-Prüfung der Ski WM Schladming ([III-219/1069 d.B.](#))

Der deutlichen Kritik des Rechnungshofes an der Ski WM Schladming halten die Verantwortlichen aus Schladming u.a. die hervorragenden Nächtigungszahlen in Schladming in Folge der Weltmeisterschaft entgegen. Auch die Nachnutzung der Infrastruktur entwickle sich sehr gut. Im nächsten Jahr werden die Paralympics in Schladming stattfinden – die öffentlich geförderte Infrastruktur wird also für weitere Großveranstaltungen genutzt.

Rettungsgasse ([III-121/1020 d.B.](#))

Der Sammelbericht des Rechnungshofes enthält so unterschiedliche Themen wie Gesundheitsförderung, die Rettungsgasse sowie Risikomanagement in der Finanzverwaltung. Zum Thema "Rettungsgasse" ist der RH-Bericht durchaus positiv, bis auf die Zeit der Ausschreibung und Einführung der Kampagne.

Geschlechtssensible Gesundheitsförderung ([III-152/1021 d.B.](#))

"Gendergesundheit", also geschlechtsspezifische Gesundheitsförderung, ist ein Thema dieses Sammelberichts des Rechnungshofes. Dieser bemängelt, dass es in Österreich keinen gesamten Bericht und keine Indikatoren für gesundheitliche Chancengerechtigkeit gibt. Das Gesundheitsministerium kündigte nun einen gemeinsamen Gender-Gesundheitsbericht (Frauen und Männer) für 2017 an, wie dies vom RH empfohlen wurde.

Ärzteausbildung Neu ([III-185/1022 d.B.](#))

Empfehlungen des Rechnungshofes zur Ärzteausbildung, die in diesem Sammelbericht enthalten sind, wurden in der "Ärzteausbildung Neu" zum Großteil schon berücksichtigt.

EU zur Menschenrechtskonvention ([1128 d.B.](#))

Zustimmung vom Nationalrat gab es für diesen Antrag der Neos, der vom Außenministerium fordert, sich dafür einzusetzen, dass die Europäische Union der Europäischen Menschenrechtskonvention beitreten kann und rechtliche Hürden, die das derzeit verhindern, rasch beseitigt werden.

Für weltweiten Schutz von Menschenrechts-VerteidigerInnen (1130 d.B.) Der Antrag, der vom Nationalrat beschlossen wurde, geht auf eine Initiative von SPÖ-Menschenrechtssprecher Franz Kirchgatterer zurück: Ziel ist, den Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen (Einzelpersonen, Gruppen etc., die Menschenrechte und Grundfreiheiten schützen und fördern) weltweit zu verstärken.

Verbesserung der Menschenrechtslage in Bahrain ([1131 d.B.](#))

Der Entschließungsantrag der beiden Regierungsparteien zielt auf die Verbesserung der Menschenrechtslage in Bahrain ab.

Menschenrechtslage in der Türkei prüfen ([1132 d.B.](#))

Die Forderung des Nationalrats: Die EU-Kommission soll beim Länderbericht 2016 zur Türkei besonders prüfen, ob die Türkei in Bezug auf die Prinzipien der Freiheit, Demokratie, der Wahrung der Menschenrechte, des Minderheitenschutzes, der Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit weiterhin die Anforderungen erfüllt, die für die Verhandlungen mit einem Beitrittskandidaten notwendig sind.

Bund-Länder-Vertrag für Integrationsmaßnahmen ([1129 d.B.](#))

Der Außenminister wird in diesem Entschließungsantrag ersucht, mit den Ländern einen Vertrag zu schließen, um bundeseinheitliche Integrationsmaßnahmen für Asylberechtigte, besonders Deutschkurse, auszubauen.

Mehr Unabhängigkeit für Abschlussprüfer ([1123 d.B.](#))

Mit dem Gesetz wird die Unabhängigkeit von AbschlussprüferInnen (WirtschaftsprüferInnen, die Jahresabschlüsse von Unternehmen prüfen) gestärkt. Betroffen sind hauptsächlich Unternehmen im öffentlichen Interesse, wie börsennotierte Unternehmen, Kreditinstitute, Versicherungen etc. ; insgesamt geht es um 782 Unternehmen. Für sie wird u.a. die "externe Rotation" eingeführt, d.h. die Laufzeit eines Prüfungsmandats ist auf zehn Jahre begrenzt. Wirtschaftliche Abhängigkeiten von Wirtschaftsprüfern sollen so vermieden werden.

Hypo-Untersuchungsausschuss wird verlängert

Der Nationalrat hat einstimmig die Verlängerung des Hypo-Untersuchungsausschusses bis Oktober beschlossen. Im Juni wird es noch mehrere Termine für die Befragung von Auskunftspersonen geben, am 11. Juli gibt es eine Sitzung für geschäftsordnungsmäßige Beschlüsse, die das Ende der Beweisaufnahme feststellt. Nach der parlamentarischen Sommerpause wird der Abschlussbericht vorliegen und am 12. Oktober im Plenum behandelt.

Weitere Themen

TTIP: Nein zu Anschlag auf europäische Standards

Eine Parlamentsdebatte zum geplanten EU-USA-Freihandelsvertrag TTIP nutzte **SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder**, um seine Kritik an den laufenden Verhandlungen zu bekräftigen: "Bei Freihandelsabkommen geht es uns vor allem darum, dass **demokratische, rechtsstaatliche, soziale, gewerkschaftliche, ökologische und Verbraucherschützende Standards gewährleistet werden.**" Wenn dies nicht gelingt, dann müsse man den Vertrag ablehnen. "Die letzten Wochen haben gezeigt, dass die USA tatsächlich wünschen, dass die EU Chlorhuhn und Hormonfleisch zulässt. Das kann nicht der Weg sein, wie unsere Standards geschützt werden sollen. Unsere **europäische Antwort darauf muss ein klares Nein sein**", betonte Schieder

Reden

Rede vom 18.05.2016 zum Freihandelsabkommen CETA

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Herr Vizekanzler! Meine Damen und Herren! Sie sollten sich einmal im Internet die Seiten der Europäischen Kommission anschauen, denn dort findet man zu CETA einen ganz erhellenen Satz. Da schreibt die Kommission, dass CETA das umfassendste Handelsabkommen ist, das die EU bisher abgeschlossen hat. – Abgeschlossen hat. Also für die Kommission scheint dieses Abkommen bereits fix und durchgegangen zu sein, also schon vor dem Ratsbeschluss, vor der Abstimmung im Europäischen Parlament und noch bevor das Abkommen auch nur einem einzigen nationalen Parlament vorgelegt worden ist. (*Abg. Peter Wurm: Da wundern Sie sich, Frau Kollegin?*)

Aber so fix, wie sich die Kommission das vielleicht wünscht, ist CETA noch lange nicht. Wir haben hier im Nationalrat – das wurde schon angesprochen – im Septem-

ber 2014 einen Entschließungsantrag verabschiedet. Darin haben wir festgelegt, was ein Handelsabkommen erfüllen muss, damit es unsere Zustimmung bekommt. Daher werden wir auch keinem Abkommen zustimmen, das wir nicht gründlich prüfen können und das gegen unseren Parlamentsbeschluss verstößt. Ich gehe davon aus, dass unsere Regierung auch keinem Abkommen zustimmen wird und erst recht nicht dessen vorläufiger Anwendung, solange es kein klares Votum des Parlaments dafür gibt. Und das gilt natürlich für alle Abkommen, aber ganz im Besonderen für CETA und für TTIP.

Da hat die Kommission schon recht, CETA ist das umfangreichste Abkommen, das von der EU bisher verhandelt wurde, und TTIP ist sicherlich noch größer. Hier werden nicht nur Handels- und Wirtschaftsfragen verhandelt, CETA und TTIP greifen tief in unser Leben ein. Sie berühren unseren Verbraucherschutz, sie berühren unseren Umweltschutz, sie berühren unsere Trinkwasserversorgung, unsere sozialen Absicherungen, unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat, unser Rechtssystem.

Es gäbe bei dem Abkommen einiges zu verändern, nicht nur an der intransparenten und undemokratischen Art und Weise, wie es umgesetzt werden soll, sondern auch inhaltlich, nämlich besonders was diese Konzerngerichte betrifft. Da hat die Kommission zugegebenermaßen einiges verändert, mit dem Ergebnis, dass wir jetzt von der Traufe in den Regen gekommen sind, wenn Sie so wollen, denn unser Rechtssystem wird weiterhin schweren Schaden nehmen, da Schiedsgerichte, egal ob öffentlich oder ob privat, letztendlich Sonderrechte für die Großkonzerne bleiben. Wir schaffen hier eine Paralleljustiz, die unseren Rechtsstaat letztendlich untergräbt. Hier möchte ich noch einmal vor den vorläufigen Anwendungen warnen, denn wir würden in eine Situation kommen, in der uns multinationale Unternehmen mit Millionenklagen überziehen können, auf der Grundlage eines Abkommens, das wir ablehnen, dem wir nicht zugestimmt haben. Und selbst wenn wir das Abkommen dann ablehnen und CETA scheitert, hätten die Unternehmen noch auf Jahre hinaus das Recht, uns weiter zu verklagen, auf der Grundlage eines Abkommens, das wir ausdrücklich ablehnen.

Unsere Position ist also klar: Nein zu den Schiedsgerichten, Nein zur vorläufigen Anwendung von CETA und Nein zu dem Abkommen in dieser Form!

Ein Abkommen zwischen der EU und Kanada hätte sehr viel positives Potenzial, würde man den Mut haben und sich die Zeit nehmen, es sich ausführlich und genau anzuschauen und zu diskutieren – etwa im Rahmen der angedachten Enquete –, damit es nämlich kein reines Handelsabkommen wird, sondern auch ein Verbraucherschutzabkommen, ein Umweltschutzabkommen und ein Anti-Sozialdumpingabkommen. Diese Chance wurde aber bisher vertan, und darum werden wir CETA in dieser Form nicht mittragen. – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Pressemeldungen und Veranstaltungen

Nationalrat – Muttonen: Nein zu CETA und TTIP (18.05.2016)

Europafrühstück: Welche Folgen hat CETA für unsere Daseinsvorsorge?



Das fragwürdige Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (CETA) steht kurz vor der Abstimmung im Rat der EU-Wirtschaftsminister und wird dann auch uns im Nationalrat vorgelegt werden. Es ist also wichtig zu wissen, womit genau wir es zu tun haben werden. Am Donnerstagmorgen habe ich daher für meine KlubkollegInnen wieder ein Europafrühstück organisiert. Diesmal um der Frage nachzugehen, wie sich CETA auf unsere Daseinsvorsorge auswirken wird. Als Expertin konnte ich Frau Prof. Dr. Verena Madner von der Wiener Wirtschaftsuniversität gewinnen, die bereits für die Arbeiterkammer und den Städtebund

ein sehr interessantes Papier zu diesem Thema erarbeitet hat. In unserem Gespräch machte sie noch einmal klar, dass deutlich negative Konsequenzen für unsere Daseinsvorsorge möglich sind. In der EU sei durch lange und schwierige Kämpfe und Prozesse ein allgemein anerkanntes und sensibles Gleichgewicht zwischen dem freien Markt und öffentlichen Dienstleistungen erstritten worden. Durch CETA drohe dieses Gleichgewicht im Sinne der Wirtschaft und zu Lasten der öffentlichen Daseinsvorsorge wieder aufgelöst zu werden. Gerade für die Kommunen würden die vielen neuen Regeln in CETA neue Fallstricke schaffen, über die sie stolpern könnten.

Für die SPÖ bleibt daher weiterhin klar, dass wir CETA in der bislang ausgehandelten Form nicht zustimmen können.

Kern im Klub



Bevor unser neuer Bundeskanzler und designierter Parteivorsitzender Christian Kern am Donnerstag seinen ersten Auftritt im Parlament absolvierte, ist er am Dienstag zu unserer Klubvollversammlung gekommen, um sich uns vorzustellen und seine Pläne und Ideen zu präsentieren. Dabei warb er für einen "New Deal" um Österreich bis 2025 wieder nach vorne zu bringen. Voraussetzung dafür sei zum einen ein neuer Um-

gangston in der Regierung, wo man zu einer konstruktiveren Zusammenarbeit finden müsse. Zum anderen brauche es konkrete Vorschläge für die zentralen Felder Beschäftigung, Bildung, Wirtschaft und Löhne, die er jetzt gemeinsam mit uns und dem Regierungspartner erarbeiten will. Mir hat seine Präsentation sehr gut gefallen und die Hoffnung gegeben, dass es uns gelingen wird, in die entscheidenden Politikbereiche neuen Schwung zu bringen.

Treffen mit der 7. Klasse des Perau-Gymnasiums Villach



Zurück in die Schule hieß es am 11. Mai für mich. Über drei Stunden habe ich mit den Schülerinnen und Schülern der siebten Klasse des Perau-Gymnasiums über alles diskutiert was mit der Politik des

Nationalrats zu tun hat- von der Gesetzeswerdung bis zur Wahlbeteiligung. Die Diskussion war sehr angeregt und ich freue mich auf den baldigen Besuch der Klasse im Parlament.

Treffen mit Roberto Montella, Generalsekretär der OSZE-PV



Am 3. Mai war ich zum Meinungsaustausch im Internationalen Sekretariat der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Kopenhagen. Mit dem neuen Generalsekretär Roberto Montella habe ich unter anderem darüber gesprochen, wie wir die Parlamentarischen Versammlung innerhalb der OSZE stärken und ihre Arbeit besser nach außen tragen können. Da ich seit Januar nicht nur Vize-Präsidentin der

OSZE-PV bin sondern auch deren Sonderbeauftragte für Zentral-und Ostasien, haben wir auch über die politischen Entwicklungen in dieser Region gesprochen und darüber, wie wir das friedens- und entwicklungspolitische Engagement der OSZE in Zentralasien weiterentwickeln können.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at